

...tatsächlicher Vertrag zum Abschluss kam. Damit ist die schon seit längerer Zeit angebahnte Annäherung der drei mohammedanischen Reiche in Asien jetzt noch näher vollzogen, und für den britischen Imperialismus, der in Indien über 100 Millionen mohammedanischer Bevölkerung unterdrückt, ist diese Vereinigung von Angora bis Kabul unter gleichzeitiger Orientierung nach Moskau ein besonders schwerer Schlag.

Im Zusammenhang damit sind auch die Ereignisse im Rif besonders bemerkenswert, wo ein neuer Zustand der Bergbewohner dem spanischen Kolonialismus eine schwere Niederlage zugefügt hat. Nachdem in einem zweijährigen Kriege zunächst Spanien, und dann Spanien und Frankreich gemeinsam, den Aufstand der circa 40 000 Rifkämpfer und Bergbauern mit fast einer halben Million Soldaten unter phantastischen Opfern mühevoll niedergedrückt hatten, zeigt die neue Erhebung, daß die Welle der islamitischen Freiheitsbewegung vom Rif bis nach Indien nicht mehr wirklich unterdrückt werden kann, sondern nur vorübergehend niedergedrückt ist. Vom Nordafrikanischen Kap bis nach Malabar wird diese Welle früher oder später in der gleichen Front hochschlagen wie die chinesische Revolution; das Ende der imperialistischen Kolonialherrschaft rückt ständig näher.

Die Lage in den Kolonien und Halbkolonien fördert trotz der relativen Stabilität in den kapitalistischen Hauptzentren schon heute die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den westlichen Ländern. Bezeichnend dafür sind die letzten Parteitage der französischen Sozialistischen Partei und der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands. Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands hat zu Ostern die China-Politik der Arbeiterpartei verurteilt, die Zurückziehung der englischen Truppen und Kriegsschiffe gefordert und die Solidaritätsaktion für die chinesische Revolution beschlossen. Es ist bezeichnend, daß diese Partei, die keineswegs mit der Komintern inpathisiert, aus dem Führer der Arbeiterpartei, MacDonald, der bisher ihr Delegierter im Vorfeld der Arbeiterpartei war, das Mandat entzog und ein solches Misstrauensvotum sprach. Herr MacDonald hat es vorzuziehen, den Parteitag seiner Partei überhaupt nicht mehr zu besuchen, und hat sich darauf beschränkt, ihr einen vorwurfsvollen Brief von der Ferientour zu übersenden.

Ein ganz ähnliches Misstrauensvotum sprach die französische Sozialistische Partei gegen den Hauptrepräsentanten der französischen Sozialdemokratie, den französischen Arbeiterbunddelegierten Paul Bonaour aus, der seinerseits aus Erholungsgründen nicht ebenfalls mit einer Zurückziehung an den Parteitag beugnete. Die Insofanzierung der französischen Arbeiter kommt aber nicht nur in diesem Punkte zum Ausdruck, sondern auch in der Diskussion über die Einheitsfront mit den Kommunisten. Die französische Sozialdemokratie hat vor einem Jahre auf dem Kongress in Clermont Verarmt vor allem diskutiert, ob ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien weiter erlaubt sei.

### Sozialdemokratisches Porzellan

Die Rationalisierungsbestrebungen der deutschen Schwerindustrie, die zur jahrelangen Erwerbslosigkeit eines großen Teiles der deutschen Arbeiterklasse führten, die soziale und nationalpolitische Reaktion des Bürgerblodes und ihre Auswirkungen, haben innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung einen breiten Raum geschaffen für eine Linksentwicklung, von der auch große Teile der sozialdemokratischen organisierten Arbeiterklasse erfaßt sind. Die „linken“ sozialdemokratischen Führer fühlen, daß sie beim Weiterstreiten dieser Entwicklung allmählich isoliert werden und versuchen auf diese Entwicklung zu reagieren, indem sie innerhalb der SPD selbst verschiedene Probleme, wie die Frage Staat und Demokratie, oder die Frage Freigewerkschaft in den Mittelpunkt der Debatten der Opposition der SPD stellen. Das Ergebnis derartiger Debatten ist nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die gesamte Arbeiterklasse von Interesse, da daraus vor allem ersehen werden kann, wie weit die Linksentwicklung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bereits vorgeschritten ist, denn nur unter dem Druck dieser Massen werden diese Probleme von den linken Führern aufgeworfen. Die Ergebnisse sind weiterhin interessant, weil daraus auch zu ersehen ist, in welchem Maße die „linken“ Führer ihre radikalen Thesen selbst ernst nehmen und durch die Tat verwirklichen wollen.

Die Sozialdemokratie ist durch die preussische Koalition mit dem Zentrum, das gleichzeitig im schwarzblauen Bürgerblode sitzt, sehr stark engagiert und verlangt von ihren Parteigenossen im übrigen Reich, daß sie auf diese Koalition alle nur irgend möglichen Rücksichten nehmen. Bei der linken Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse ist aber dafür die sozialdemokratische Opposition nicht zu haben. In einem Artikel in der Leipziger Volkszeitung nahm vor einiger Zeit der Sozialdemokrat Kleißner zur Freigewerkschaft in einer Form Stellung, die überaus scharf kritisch war. Er schreibt, daß von irgendwelchen Ereignissen im sozialdemokratischen Sinne in Preußen in den letzten Jahren nicht gesprochen werden könnte. Dagegen habe man fortwährend von sehr eigenartigen und kompromittierenden Dingen. Er führt die Hirtfelder-Verordnung an, die Reichsverordnung zur Erhöhung der Steuern um 20 Prozent, die rückständige preussische Gemeindefiskalisierung, um dann am Schluss noch den mit Hilfe der Sozialdemokratie abgeschlossenen Hohenzollernertrag zu erwähnen. Ueberall muß Kleißner hier die sozialdemokratische Mitarbeit an diesen arbeiterfeindlichen Verordnungen, Zuständen und Gesetzen angedeutet. Kleißner bezeichnet die preussische Koalition als einen jämmerlichen Zustand, als eine „Wurstle“, die mehr den Bürgerlichen zugute kommt und die man festfalls mehr eine „Nachposition“ nennen könnte.

Dieser Artikel Kleißners hat den Chefredakteur des Vorwärts, Schiff, auf den Plan gerufen, der sehr entrüstet dagegen Stellung nimmt und sich als guter Bürger vor allem gegen den Ton wehrt. Mit Vergnügen werden seine Ausführungen im Volksstaat, dem Organ der alten sozialdemokratischen Partei Sachlens nachgedruckt. Schiff meint, der Artikel Kleißners sei „ein geradezu erschreckendes Symptom für die politische und tatsächliche Einstellung eines Teiles der Parteimitglieder“. Zur Begründung seiner Ansicht führt er dann noch einen Bescheid des Berliner Parteitagstages der SPD an, der das für seine Person Ungeheuerliche fordert, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen das als Teil des Bürgerblodes regierende Zentrum „einen gleich lauernden Kampf“ führe, wie gegen die anderen Parteien des Bürgerblodes, ohne Rücksicht auf die Koalition in Preußen.

Für den Sozialreaktionär Schiff ist dieser Bescheid natürlich ungeheuerlich. Wenn er nicht tödlicher in Kiel in dem Defus verschwinden würde, müßte er die härtesten Bedenken hervorrufen“. Schiff glaubt hier also bereits ganz offen aus, wie man in Kiel versuchen will, mit unbeschämten Anträgen umzugehen. Man will sie einfach vorhinweisen lassen. Genau so unerschämte ist es, wenn er heute, nachdem wie Kleißner richtig bemerkt — die Sozialdemokratie an fast allen reaktionären Maßnahmen des Bürgerblodes beteiligt ist, den Arbeitern weismachen will, es sei eine Notwendigkeit in der Preußenregierung zu bleiben, weil dadurch reaktionäre Maßnahmen und Gesetze des Bürgerblodes verhindert werden könnten.

In seiner Antwort an Schiff stellt Kleißner fest, daß dieser auch nicht den leisesten Versuch gemacht hat, seine auf konkrete Angaben und Tatsachen gestützte Ausführungen anzuzweifeln, also auch von ihm die Mitwirkung an arbeiterfeindlichen Verordnungen und Gesetzen nicht abgelehnt werden kann.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD sind für die ganze deutsche Arbeiterbewegung von Bedeutung, da sie zur Klärung der Verhältnisse beitragen werden. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß man sich heute innerhalb der Sozialdemokratie nicht über das Ziel streitet, sondern nur über die Wege, auf denen dieses Ziel erreicht werden soll. Welche wie „linken“ Sozialdemokraten glauben heute noch immer, trotzdem es durch die geschichtliche Tatsache längst widerlegt ist, daß die Arbeiterklasse auf dem Wege der Demokratie zur Macht kommen kann. Ihr Ziel ist die reine Demokratie, die Gleichberechtigung zwischen Arbeit und Kapital. Wer heute noch an die Verwirklichung eines derartigen politisch und ökonomisch unmöglichen Gedankes glaubt, wer heute glaubt, daß sich eine gesellschaftliche Umwäl-

Mit knapper Mehrheit lehnten die Arbeiterdelegierten damals die Koalitionspolitik ab. Vom Zusammengehen mit den Kommunisten war damals kaum die Rede. Diesmal war es umgekehrt. Nur der rechte Flügel der Partei verteidigte erfolgreich unter Kronbach und Renardel die alte Linksblock-Politik. Die große Mehrheit der Partei, rechtes Zentrum, linkes Zentrum und Linke, auch die parlamentarisch durchaus perfekten Führer dieser Gruppen wie Blum, Bauré, Morell usw., waren gezwungen, von der Linksblock-Politik als von einer erledigten Sache zu reden. Dagegen stand im Mittelpunkt der Tagesordnung die Diskussion über die Einheitsfront mit den Kommunisten, sie wurde diesmal noch von einer großen Mehrheit abgelehnt. Aber schon die Art der Diskussion und Fragestellung bezeichnen den Fortschritt der Linksbewegung und den Druck der Massenstimmung auf die Sozialdemokratie. Steger blieb auch diesmal das rechte Zentrum der Partei, es hat aber — wie gelangt — eine Schwächung vollziehen müssen, um die Position zu behaupten.

Alle diese Ereignisse sind auf Englands Außenpolitik nicht wirkungslos vorübergegangen. Am härtesten drückt sich das in der englischen Schwächung gegen Mussolinis Albanienpolitik aus, der eine stärkere Annäherung an Frankreich entspricht. Die englische Presse droht Mussolini ganz offen mit dem Völkerverbund, weil er trotz der Ratifikation der Titunoverträge mit Jugoslawien nicht in eine Diskussion des Titunovertrages und eine Zurückziehung der italienischen Albanienansprüche auch nur vorübergehend einwilligen will. Diese Schwächung darf man aber nicht etwa als eine Aufgabe der Versuche zur Bildung des Antirusslandbündnisses verstehen. Im Gegenteil, es ist ein taktischer Zug, um Frankreich, das vor dem Abschluss der russischen Verhandlungen steht, in diesem Punkte abzuschrecken und für die englische China-Politik zu gewinnen. Es ist bezeichnend, daß Seydour, der frühere Leiter der französischen Außenpolitik in den Zeiten des Nationalbündnisses, der vor wenigen Tagen in Paris während in die scharfe Pressekampagne gegen den Abschluss des Antirusslandvertrages eintritt, jetzt im Welt Pariser mit großer Energie für eine Ordnung der „in Unordnung gekommenen englisch-französischen Beziehung“ eintritt und die bevorstehende Reise Tocarcars nach London zu diesem Zwecke ausgenutzt sehen will. Im Zusammenhang damit ist auch das Einlenken der Schweiz gegen Sowjetrußland von Bedeutung. Es erfolgte auf den Druck der Imperialisten hin, die Sowjetrußland zwingen wollen, an der Wirtschaftskontinuität teilzunehmen, nicht um etwa den Kriegsbund zu liquidieren, sondern um die Sowjetunion vor dem Zerfall der ganzen Welt, sei es, wenn sie ablehnt teilzunehmen, sei es im Verlauf der Verhandlungen, zu kompromittieren. Dennoch zeigt diese Schwächung, daß gewisse Hoffnungen auf ein rasches Zustandekommen des Kriegsbündnisses zur sofortigen Intervention geblieben sind, und sie bedeutet einen neuen Beweis der Stärke der Sowjetunion.

Die Rationalisierungsbestrebungen der deutschen Schwerindustrie, die zur jahrelangen Erwerbslosigkeit eines großen Teiles der deutschen Arbeiterklasse führten, die soziale und nationalpolitische Reaktion des Bürgerblodes und ihre Auswirkungen, haben innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung einen breiten Raum geschaffen für eine Linksentwicklung, von der auch große Teile der sozialdemokratischen organisierten Arbeiterklasse erfaßt sind. Die „linken“ sozialdemokratischen Führer fühlen, daß sie beim Weiterstreiten dieser Entwicklung allmählich isoliert werden und versuchen auf diese Entwicklung zu reagieren, indem sie innerhalb der SPD selbst verschiedene Probleme, wie die Frage Staat und Demokratie, oder die Frage Freigewerkschaft in den Mittelpunkt der Debatten der Opposition der SPD stellen. Das Ergebnis derartiger Debatten ist nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die gesamte Arbeiterklasse von Interesse, da daraus vor allem ersehen werden kann, wie weit die Linksentwicklung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bereits vorgeschritten ist, denn nur unter dem Druck dieser Massen werden diese Probleme von den linken Führern aufgeworfen. Die Ergebnisse sind weiterhin interessant, weil daraus auch zu ersehen ist, in welchem Maße die „linken“ Führer ihre radikalen Thesen selbst ernst nehmen und durch die Tat verwirklichen wollen.

Aber davon ganz abgesehen, werden auch die Debatten über die Wege, die zu einem unmöglichen Ziel führen, beitragen zur Klärung in den Köpfen der deutschen Arbeiterklasse und damit mithelfen, die schweren Kämpfe vorzubereiten, denen die deutsche Arbeiterbewegung entgegensteht.

Zu dem Artikel Schiff's nimmt am Donnerstag auch die Dresdener Volkszeitung Stellung. Sie erklärt, die Angelegenheit der preussischen Koalition und die Sachienfrage werde auf dem Parteitag in Kiel eine Rolle spielen. Auch von der Volkszeitung erfährt man dabei, daß die preussische Koalition gar nichts taue, die Volkszeitung schreibt:

In der preussischen Verwaltung ist die reaktionäre Bürokratie herrschend, und bei verschiedenen gelegentlichen Arbeiten eine sozialdemokratische Kompromisse ein. Die vielen unserer Genossen kaum noch tragbar erschienen. In der Frage der Hohenollerndindung, der Arbeitszeitverhältnisse und bei der Wirtschaftserhöhung haben sich unsere Genossen der Koalitionspolitik wegen zu peinlichen Konzeptionen genötigt. Für die soziale Arbeiterbewegung ist diese Feststellung deswegen interessant, weil nach vor wenigen Tagen die Sozialdemokraten im Landtag behaupteten, daß die preussische Koalition bedeutend besser sei wie die sachische. Jetzt stellt das SPD-Organ aber selber fest, daß die SPD in Preußen A.S.P. Politik macht.

Noch interessanter ist aber die Schlussfolgerung, die von den „linken“ aussternaristischen inspirierten sozialdemokratischen Führern aus dem Ergebnis der preussischen Koalitionspolitik gezogen wird. Wenn man glaubt, die „linken“ kommen daraus in dem Ergebnis, daß man Schluss machen müßte mit der Koalitionspolitik, dann irrt man sich gewaltig. Sie denken nicht daran, den Klassenkampf zu führen, was sie empfehlen, ist eine Koalitionspolitik in neuer Auflage. Die Volkszeitung schreibt: „Die Koalitionspolitik wird von manchen Parteigenossen als Mittelmittel, von manchen als der große Popanz, vor dem man sich unter allen Umständen betretigen muß, betrachtet. Weder das eine noch das andere ist richtig, weder das eine noch das andere entspricht einem politischen-sachlichen Durchdenken der Dinge. Ob wir in eine Koalition hineingehen können oder Oppositionspolitik zu bestehen haben, hängt von den allgemeinen Umständen und Kraftverhältnissen ab. In dem einen Falle kann Beteiligung an der Koalition für die Sozialdemokratie Nachahmung und Machterweiterung bedeuten, in dem anderen Falle Schwächung und Kompromittierung, und viele Genossen haben eben der Meinung, daß die Sozialdemokratie mehrfach unter ungünstigen Umständen an Koalitionserregungen beteiligt war und daß sie daraus lernen muß.“

Also, die Koalitionspolitik soll fortgesetzt werden, das ist der Kern dieser Ausführungen. Wo nun die „ungünstigen“ Umstände“ beginnen oder die „ungünstigen“ aufhören, das ver-

schwelet der „politisch-sachliche“ Durchdenker der Dinge, können nach der Ansicht der „linken“ aber doch nur auf parlamentarischen Gebiet liegen. Also Reformismus ist auch für die „linken“. Die parlamentarischen Klüngeleien werden aufrecht erhalten. Im Landtag erklären die „linken“ Sieger an der Person. Nicht Heide, sondern Kleißner, das ist alles schon gemacht.

Die ganze Diskussion zeigt aber nur, daß die Radikalisierung der Arbeiter die „linken“ Führer zwingt, Farbe zu bekennen, und daß sie sich abmühen, ihre wirkliche, reformistische Zielung radikal zu verkleinern.

Unlere Aufgabe wird es sein, über diese Manöver der Auktramaristen hinaus die Arbeiter auf den Weg des wirklichen Klassenkampfes zu führen.

### Der Angriff auf die Volksschule

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Vorwärt ist in der Lage mitzuteilen, daß sich das Reichsinnenministerium mit dem Gedanken trägt, dem Reichstag noch vor seinem Wiederzusammentritt ein Reichsschulgesetz vorzulegen. Die Auffassung der Landesregierungen hierzu sollen vorher noch eingeholt werden. Ueber den Inhalt des neuen Entwurfs wird mitgeteilt, daß er entgegen dem Paragraphen 146 der Reichsverfassung für alle drei Schularten gleiche Entwicklungsmöglichkeiten schaffen will. Damit wäre das Gesetz verfassungsändernd.

### Verhinderung des südlawischen Konfliktes

Vor einem Krieg auf dem Balkan

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Volksstaat wird aus Paris gemeldet, daß nach dort vorliegenden Nachrichten kein Zweifel darüber bestehen könne, daß der italienisch-südlawische Konflikt seit den Osterferien in bedrohlicher Nähe an Schärfe zugenommen hat. Das französische Auswärtige Amt macht im Geheimen auf die bisherigen Verhandlungen heute kein Hehl daraus, daß Grund zu ersten Beunruhigungen gegeben sei.

### Verhindert Truppen- und Waffentransporte

Ein Aufruf der englischen Bauarbeiter

London, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Verband des englischen Bauarbeiterverbandes veröffentlicht eine Resolution, in der mit Rücksicht auf die bevorstehende Fortsetzung englischer Truppentransporte nach China die Gesamtsolidarität aufgerufen wird, Truppen- und Munitionstransporte nach China mit allen Mitteln zu verhindern und das Verbot über die große Gefahr eines Krieges aufzuheben. Es ist höchste Zeit, schlägt die Resolution, dem englischen Volk bei Granatminen und Vermittlungen des letzten Krieges in Erinnerung zu bringen. Die Anwesenheit der Truppen in China bedeutet eine Gefahr des Friedens und ist eine fortwährende Provokation.

### Tschang kämpft nicht gegen den Norden

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Nach kürzlich erschienenen Meldungen aus Peking bestätigen sich die letzten Berichte aus China, daß Tschangtaisichs Stellung keineswegs als gesichert angesehen werden könne. Selbst seine Regierungsbildung steht auf erhebliche Schwierigkeiten und es ist ihm bisher nur gelungen, einen politischen Rat aus seinen Anhängern zu bilden. Unter diesen Umständen bestehen Zweifel über sein Fähigkeit, seine militärische Stellung zu befestigen. Es ist bereits zu ersten Zusammenstößen gekommen, seinen Truppen und denen der Hanauer Regierung gekommen sein, während die Kämpfe mit den Nordtruppen völlig aufgehört haben, vermutlich deshalb, weil gewisse Beziehungen zwischen Tschangtaisich und Tschanghaischin bereits im Gange sind.

### Der Verräter wird milder behandelt

Greuelmärchen über die Revolutionäre

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der französische Korrespondent Dall Telegraph meldet, die französische Regierung ist der Ansicht, daß Tschangtaisich milder behandelt werden müsse, damit der losenartige chinesische Nationalismus nicht von Kommunismus juristisch getrieben werde und daß Tschangtaisich, der chinesische Nationalist, nicht ebenso behandelt werden kann wie Feng, der Komplotz Perobins. Nach einer Reutersmeldung wird angenommen, da Peking jetzt die Defektorregierung ist, daß die Rechte ihrer Vorläufer Wangtingregierung überreichen werden. Das Kantonier Quartier sagt voraus, daß Tschangtaisich sofort allen Forderungen nachkommen werde.

Die imperialistische Presse verbreitet lägenhafte Greuelmeldungen aus Peking, um die Massenirritationen und Ueberdrehung auf Fremde an der Tagesordnung sein lassen. Das ist Stimmungsmache zum imperialistischen Ueberfall auf die Hanauer Revolutionsregierung, die allen imperialistischen Drohungen und Verlockungen, allen Verräterischen Tschangtaisichs und Peking Tschangtaisichs handhelt und ihre Truppen, auf die revolutionären Massen ruhen, zum weiteren Vorstoß gegen Norden entschließt.

### Die Verhaftung kommunistischer Abgeordneter

Zu unserer gestrigen Mitteilung über die Verhaftung kommunistischer Abgeordneter mühen wir mitteilen, daß nicht Genosse Helein, sondern der Genosse Reichstagsabgeordneter Börsle verhaftet wurde. Die falsche Berichterstattung beruhte auf einem Fehler in der telephonischen Uebermittlung.

### Achtung! Maizeitung!

Die Maizeitung ist heute eingetroffen, alle Funktionäre und Literaturoberste mühen die Zeitung sofort in der Buchhandlung abholen.

## Aufruf!

Das neutrale Komitee für Max Hoels, zusammengesetzt aus Frauen und Männern der verschiedensten politischen Richtungen, erstrebt die schnelle Nachprüfung des Urteils des außerordentlichen Gerichts vom 22. Juni 1921. Durch dieses Urteil ist Max Hoels mit lebenslänglichem Zuchthaus und mit dem dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft worden, insbesondere wegen der angeblichen Tötung des Gutsbesizers H. S. Seit fast einem halben Jahre ist der Öffentlichkeit und den Behörden bekannt, daß infolge der Selbstbestätigung des wahren Täters, des Widerrufs des Hauptbelastungszeugen und auf Grund anderer wichtiger Tatsachen die Grundlagen des Urteils im Falle S. erschüttert worden sind; auch liegt bedeutendes Material vor, das geeignet ist, andere wesentliche Teile des Urteils als auf Justizirrtümern beruhend erscheinen zu lassen.

Weite Kreise des In- und Auslandes, die den politischen Anschauungen von Max Hoels völlig ablehnend gegenüberstehen, sind davon überzeugt, daß sein ganzes Tun stets nur von den lautersten Beweggründen geleitet war.

Das Komitee fordert die schnelle Herbeiführung eines neuen Urteils über die Taten und über die Person von Max Hoels.

Es erhebt gegen die auffallend langsame Bearbeitung des Rechtsfalles den schärfsten Protest und macht die Behörden auf die Erbitterung aufmerksam, die weite Kreise angeht der ungleichmäßigen Anwendung der Amnestiegesetze ergriffen hat.

Das Komitee fordert alle diejenigen auf, die es in diesem Rechtskampf unterstützen wollen, sich ihm durch schriftliche Erklärung (zu richten an die Adresse des Komitees, Berlin W. 8,

Friedrichstraße 59/60, i. Hd. von Dr. Bed) anzuschließen, und zwar unter Angabe der genauen Adresse.

- Berlin, den 23. April 1927.
- Dr. Alfred Appel, Prof. Hans Baluschek, Johannes A. Bedet, Dr. Kurt Bed, Rudolf Belle, Georg Bernhardt, Paul Bille, Josef Bornstein, Bert Brecht, Bernhard von Brentano, Paul Otto Dr. Intendant Carl Ebert, Prof. Dr. Albert Einstein, Erich Engel, Gertrud Engel, San. Rat Dr. Leopold Feilchenfeld, Lion Feuchtwanger, E. Fischer, Verlagsbuchhändler, Dr. E. Friedländer (Wannau), Dr. Eduard Fuhs, Heinrich Geigert, Dr. Manfred Georg, Hellmuth von Gerlach, Prof. Dr. Alfred Goldschmidt, München, Golke, M. d. L. Oscar Maria Graf Alexander Granach, George Groh, Kurt Grohmann, Stefan Grohmann, Dr. E. J. Gumbel, Prof. Felix Halle, Wieland Hertung, Max Hermann-Keiffe, Wilhelm Herzog, Wieland Hertung, Werner Richard Heumann, Dr. Kurt Hiller, Dr. Max Hirschberg, München, Dr. med. Max Hodann, Dr. Arthur Hirsch, Heinrich Ewald Jacob, Herbert Jhering, Dr. Ernst Kaller, Dr. Alfred Kerr, Guitao Kiepenheuer, Egon Krause, Kurt Klüber, Käthe Kollwitz, Max Kolmebner, Klausen, Aris Kottner, Dr. Robert Kuczynski, Hans Land, Paul Lania, Dr. Emanuel Lasser, Otto Lehmann-Neubild, Rudolf Leonhard, Erich Lübbe, Emil Ludwig, Heinrich Mann, Ernst Mann, Dr. med. Julian Marcule, München, Karl Heinz Müller, Dr. Robert Nisch, Dr. Erich Müller, München, Otto Pöhlmann, M. d. L. Prof. Paul Pestreich, Rudolf Olsen, Max Pöhlmann, Alwin Biscator, Prof. Ludwig Quide, Guitao Kieffer, Ernst Nowohl, Paul Schlieffner (Stina), Rudolf Schlichter, Friedrich von Schoenald, Leopold Schwarzschild, Dr. Alfons Stettin, Dr. Helene Stöcker, Ernst Thrautloff, Ferdinand Timpe, Carl Toller, Dr. Kurt Tuscholtz, Dr. Armin T. Wagner, Erich Wernert, Dr. Alfred Wollenstein, Heinrich Wille, Arnold J...